

Er erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstadt 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 5-6 Uhr.
Die in diesem Anzeiger enthaltene Nachricht ist
in Betreff der Wahl...

Leipziger Tageblatt

Anlage 17,500.
Abonnementpreis viertel. 4 1/2 Mk.
incl. Druckkosten 5 Mk.
buen die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter 30 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Subskription 30 Pf.
mit Subskription 45 Pf.

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 303.

Montag den 30. October 1882.

76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.
Unsere Expedition ist morgen
Dienstag, den 31. October,
Vormittags nur bis 1 1/2 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amthlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der hiesige Wochenmarkt wird vom **Sonntag, den 11. November d. J.** an außer der Weizzeit um 4 Uhr, während der Weizzeit um 6 Uhr nachmittags geschlossen.
Die zur Schließung müssen sowohl Markttag, als außer Markttag, die auf den Wägen und Straßen angelegenen Marktstände weggelassen, und die Abfälle, sowie der an und bei den Ständen sich sammelnde Unrath von den Standinhabern beiseite beziehentlich zusammengeführt und auf Säufen gebracht sein.
Für auf dem Marktplatz bleibt es während der Weizzeit nachgelassen, wie jezt, Erbe, Erbe und sonstige Gerichte zwischen den Markttagen stehen zu lassen. Jedoch müssen dieselben bis 6 Uhr nachmittags zusammengeführt und zugetrocknet sein, so daß die Waare nicht mehr sichtbar ist, und es muß die Umgegend der Stände von deren Unrath beziehentlich in Ordnung gebracht sein.
Zur Vermeidung haben Verkäufer bis zu 60 A oder Ost bis zu 14 Tagen, nach Beendigung auch Entziehung der Stände zu genehmigen.
Auf die außerhalb der Marktplätze und für den Wochenmarkt bestimmten Straßen einzeln Personen zur Zeit nach verfallenen Verkaufsstände haben vorstehende Anordnungen keinen Bezug.
Leipzig, am 27. October 1882.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Hartwig.

Öffentliche Anzeigung.

Der Markthelfer Hr. Rob. Schilde in Reudnitz liegt gegen den Kaufmann Emil Albrecht, früher in Leipzig, jetzt unbekanntes Aufenthaltsort, wegen einer Forderung von 72 A Verbindlichkeit auf die Zeit vom 25. September bis 21. Oct. laufenden Jahres mit dem Antrage, den Beklagten zur Bezahlung dieser 72 A vollstrecklich zu verurtheilen. Beklagter weigert sich, die Forderung zu bezahlen, und die Forderung wird daher zur gerichtlichen Verhandlung der Gerichtsbarkeit vor das Gerichtsamt Reudnitz zu Leipzig, Ostmarkt Nr. 3, Eröffnungs-Termin am 8. December 1882, Vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, persönlich oder durch einen mit Vollmacht versehenen Vertreter zu erscheinen, hierdurch geladen.
Zum Zwecke der öffentlichen Anzeigung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Leipzig, den 19. October 1882.
Ulmann,
Gerichtsschreiber des Gerichtsamt-Reudnitz zu Leipzig.

Aufforderung.

Die **Ver- und Entladung der Eisenbahnwagen betr.**
Mit Bezug auf eine Verfügung des Königlich Preussischen Eisenbahn-Directors zu Berlin in bezüglichen Angelegenheiten, u. a. auch in der Leipziger Zeitung erlassene Bekanntmachung ertheile wir als den Besondereinstellern und Aufstellern unserer Wagen hierdurch das Verbot, zur Vermeidung einer Klage wegen der Verletzung des Geschäfts des Bes. und Geschäftes der Eisenbahnwesen, namentlich der Bedienung, in jedem vorstehenden Falle nach Möglichkeit zu berücksichtigen.
Zur Handelskammer.
Dr. Hermann, Vorst. Dr. Gerstl, S.
Der gegen die unversch. Pauline Caroline Auguste Seydewitz von hier unterm 10. d. Mts. erlassene Steckbrief ist erledigt.
Quelle s. Z. den 26. October 1882.
Der Königl. erste Staatsanwalt.

Nichtamtlicher Theil.

Parlamentarische Lage.

Die verschiedenen Parteien betrachteten sich jezt die Zusammenkunft des Abgeordnetenhauses nach dem Gesichtspunkt, auf welche Weise eine Majorität herbeizuführen. Die rechte Seite des Hauses zählt 184, die gesammte linke 130, das Centrum mit Weizen und Polen 118 Mandate. Keine von diesen drei großen Gruppen ergibt alle eine Mehrheit. Ebenso wenig ergibt sich eine Mehrheit für die sogenannten Mittelparteien, die gemäßigten Liberalen und die gemäßigten Conservativen, Nationalliberalen und Freiconservativen zählen zusammen 126 Mitglieder. Eine Mehrheit kommt nur dann zu Stande, wenn sich die Rechte entgegen mit dem Centrum oder mit den Nationalliberalen verbündet, oder wenn die ganze Linke sich mit dem Centrum verbündet. Diese letztere Combination wird jedoch niemals bei positiven Schöpfungen, sondern höchstens in der Negation und Opposition eintreten. Für positive Leistungen ergeben sich nur die beiden Möglichkeiten eines conservativ-ultramontanen oder eines conservativ-nationalliberalen Zusammenschlusses.
So ist es freilich auch im letzten preussischen Abgeordnetenhaus gewesen, so ist es trotz der erheblichen größeren Größe der liberalen Parteien auch im gegenwärtigen Reichstag, und so wird es auch ablehnen sich hin und wieder in Preußen wieder. Man kann dies Hinderniß für eine klare und entscheidende Politik beklagen; aber es bleibt eine Thatsache, die man selbst nicht aus der Welt räumen wird. Früher war es ein lebender und fast wie selbstverständlicher Grundlag des öffentlichen und parlamentarischen Lebens, daß die Voraussetzung für jede politische Arbeit und Leistung das Zusammenwirken der gemäßig-

teren Elemente von rechts und links sei. Wenige Jahre erst sind es her, daß man angefangen hat zu glauben, man könne der liberalen Mitwirkung ganz entbehren und sie durch eine solche der Ultramontanen zu ersetzen. Das hätte dann freilich nicht aus, daß bei großen Entscheidungen, namentlich wenn es die Verhängung der Rechte und Sicherheit des Reichs und Staats galt, in der Militärfrage, in der Socialienfrage, in der Eisenbahnfrage, wieder die Verständigung mit den Nationalliberalen gesucht werden mußte, da das Centrum regelmäßig bei solchen schweren und patriotische Opfer erfordern Entscheidungen verweigerte. So enthält in den letzten Jahren die doppelt parlamentarische Mehrheit, die conservativ-berufliche für seine reactionäre Majorität, die conservativ-nationalliberale zur Befriedigung großer Interessen und Bedürfnisse des Staats, und die gemäßigten liberalen Partei war patriotisch und entgegenstehend genug, sich dieses seitliche Spiel mit wechselnden Majoritäten gefallen zu lassen.
Wird nun auch in der durch die neuen Wahlen bezeichneten Zeitperiode dieses vermehrte und ein fruchtbares Gelingen der Verständigung erschwerte Verhältnis fortgesetzt werden? Das ist eine Frage, die jeder erheben wird, ohne daß gegenwärtig eine Antwort darauf möglich wäre. Nichts hätte den Bestürzten einer vollendeten und schmerzhaften Reaction besser gepreßt, als wenn die gemäßigten Parteien zu Gunsten der Extremen ganz vernichtet worden wären. Wäre die ganze liberale Seite der Volkvertretung vom Radicalismus befreit, so wäre freilich eine Verständigung mit der Regierung ausgeschlossen und es hätte nur eine Politik geblieben, welche sich den Wünschen der entschiedensten politischen und kirchlichen Reactionäre entpfand.
Das ist nun nicht eingetreten; die gemäßigten Parteien sind noch immer in sehr ansehnlicher Stärke auf dem Platze, und wir haben allen Grund zu der Hoffnung, daß doch nicht Alles so gehen wird, wie man es auf der äusseren Rechten und im Lager der Ultramontanen im jetzigen Augenblick des Siegesrausches wünscht und sich einbildet.

Zu dem gestern ausgefallenen 67 nationalliberalen Mitgliedern des neuen Abgeordnetenhauses gestellt sich noch als 68, Abg. Rippel, Reichensperger, der, wie wir auf der Tribüne" ersehen, nicht zur liberalen Bewegung, sondern zur nationalliberalen Partei gehört. Wenn man die beiden, der nationalliberalen Fraktion formell nicht beigezählten, nämlich ihr aber sehr nahe stehenden Abgeordneten von Bohm-Dorheim, Eisele und Berger, hinzurechnet, ergibt sich eine Zahl von 70 Nationalliberalen.
Die Abgeordneten-Mandate, welche die Fortschrittspartei neu gewonnen hat, sind die für Samter-Rumbach, Krauß-Rudow, Breslau (2), Ostau-Brieg, Ragnitz, Steinburg, Stormarn, Opatz (2), Landwehr-Wiesbaden, Passau. Diese sämtlichen Mandate, mit Ausnahme von Steinburg und Passau, welche Mandate, waren bisher nationalliberal vertreten. Der letztere Kreis hatte einen socialdemokratischen und Steinburg einen freiconservativen Vertreter. Dagegen verlor die Fortschrittspartei 10 Sitze an die Conservativen. Man kann daraus ersehen, welche Bedeutung im Kampf gegen die Reaction sich die Partei erworben!

Am 13. November oder einem der darauf folgenden Tage soll die Einberufung des Landtags beschließen sein. Das Abgeordnetenhaus wird alsbald den Etat vorlegen, in welchem, wie es scheint, eine Reihe wichtiger Fragen, die zum Theil im vorigen Jahr in dem Verordnungs-Verfahren angegriffen waren, zur Erörterung kommen sollen. Ob auch die Vorlage zur Reform der Eisenbahnen gleich zu Anfang dem Abgeordnetenhaus zu gehen wird, ist noch nicht bekannt. Was wird helfen können, daß die Staatserhaltung bis Weihnachten zu Ende geführt werden kann. Der Reichstag, der seine Arbeiten am 30. November wieder aufnimmt, könnte seine Thätigkeit in der ersten Zeit fast ausschließlich auf die großen Commissionen beschränken.

Leipzig, 30. October 1882.

Dem Bundesrath ist seitens des Reichsanzeigers der Antrag vorgegangen, daß entsprechend dem Beschluß vom 15. November d. J. von dem Hauptpostamt in den Hauptstädten, insoweit dieselben nicht in Folge des Beschlusses der letzteren auf die Staaten, in welchen sie ihren Sitz haben, übergeben, aufgehoben werden sollen, mit dem 1. April 1883 das Hauptpostamt in Bremen aufgehoben werde. Ein gleicher Antrag in Betreff des Hauptpostamts in Wiesbaden ist schon früher gestellt, angenommen und zur Ausführung gebracht worden. Der Verবাদung zwischen Bremen und dem an das Bremer Gebiet angehängten Bundesstaaten, welchen die Sicherung und Erhaltung der Rolle an ihren Grenzen gegen das freihandelsgebiet obliegt, ist zu überlassen, in welcher Weise die Zoll- und Steuerverwaltung in dem dem Zollgebiet angehängten Theile des Bremer Staatsgebietes anderweit zu ordnen und welche Einrichtungen in dem freihandelsgebiet etwa an Stelle der aufgehobenen zu legen seien.

Das französische Cabinet steht gegen die Anarchisten mit offenen Worten zu Felde, und seine in einflussreichen staatlichen oder parlamentarischen Stellen sitzenden Leutnants laden sich ins Publikum über die Richtigkeit, mit der die Dactyl und Kollegen sich Hals über Kopf in die Schacke stürzen, und weihen es für sie kein Entzinnen mehr gibt. Herr Floquet, eben noch wohlthätiger Tempelmeister, hat den Worten noch rechtzeitig getreten und seine Partei in Sicherheit gebracht. Er greift zu dem unheimlichen Fremden Gambetta's und ist einer von denen, welchen der Name den Reichstag einfließen lässt die moralische Verleumdung des Reichstages durch die Dactyl seinen ungenügenden Vortrag. Schon jetzt ist kein Kolben gleich Null, und viele Leute zweifeln, ob Herr Dactyl dem ersten parlamentarischen Sturm werde Stand halten können. Die nach Form und Inhalt gleich ungeschickliche ungeschickliche Note der „Agence Havas" erregt allgemeine Aufmerksamkeit. In Berlin erweilt die niemand die Götze, so für erst zu sehen; an der Seite dürfte das ebenwähnte der Fall sein. Die demnach zusammengetretenen Kammerer sitzen eine gegen den Schluß der Reichstageskammer obliegend verordnete Lage vor und werden Klänge haben, sich der Folgen von Äußerungen zu erwehren, an denen sie zum großen Theil mitthätig sind.

Kas Tunis kommt die Nachricht von dem sechsen erfolgten Ableben des Vens. Dieser Todesfall erscheint im Hinblick auf den zwischen Frankreich und Tunis abgeschlossenen, von der „Times" mittheilt an das Licht gelangenen Vertrag doppelt bezeichnend. Der Todestag des Verstorbenen, als gilt für eine den französischen Interessen ergebene Persönlichkeit; als regierender Vens dürfte er wenig mehr sein, denn ein geistiger Wächter der französischen Politik. Die tunisische Frage erscheint jetzt wieder mehr in die öffentliche Sphäre gerückt und dürfte ihre weitere Entwicklung nicht ohne Einfluß auf die Richtung der Situation in Egypten bleiben. England und Frankreich auf neutralen Standpunkten stehen, sind naturgemäß auf wechselseitige Verständigung hingewiesen. Wie selbige in der westlichen Welt, zeigt der ständige Blick auf die Karte. Die Compensationsobjecte sind zur Hand; eine von der Diplomatie einzuleitende Compensationspolitik findet schon ihren Weg klar vorgezeichnet. Der „Temps" ist neuerdings gegen England sehr vornehmlich geworden und man weiß, daß dieses Blatt die Anschauungen des auswärtigen Ministeriums widerspiegelt.

In Nord-England ist eine neue politische Bewegung aufgetaucht, welche unter der Bezeichnung „The Northern Reform Club" ihren Hauptstich in Newcastle an Land hat. Der Hauptgedanke der Bewegung ist die Verschmelzung der verschiedenen politischen Organisationen in den vier Grafschaften des Nordens, für die Förderung parlamentarischer und Verordnungs-Reformen und behält deren Durchführung in Parlament einen gewissen Trend auf die Regierung aufzuweisen. Die parlamentarischen Reformen in dem Programm der Union umfassen ein ausgeprägteres Wahlrecht für die ländlichen Kreise und eine neue Eintheilung der Unterhäuser. Die Bewegung strebt sich die Aufhebung des Primogeniturgesetzes, die Erweiterung des bürgerlichen Wahlrechtes u. s. w. Die Verbände der Kohlengrubenarbeiter von Northumberland und Durham haben sich der Bewegung angeschlossen und mehrere Parlamentenmitglieder und andere hervorragende Politiker und politische Vereine betheiligen ein lebhaftes Interesse für dieselbe.

Aus Lima in Peru wird der Ausbruch schwerer Unruhen gemeldet. Ein Unruhehaufen, welcher die Provinz von Pisco nach der transportieren sollte, wurde am 5. October durch auf die Seiden gelegte Torpedos zum Theil in die Luft gesprengt. Sieben bis acht Soldaten blieben todt. Dem auf dem Auge befindlichen italienischen Consul, Herrn Prasco, gelang es nur fast durch ein Wunder, sich zu retten, aber er wurde von dem Monteroser gefangen und sich selbst geben ein Verbleib von 100,000 Dollars für seine Freilassung. Ein italienisches Kriegsschiff ist abgegangen, um seine Befreiung zu versuchen.

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Wieder ohne Angabe der Quelle nach gerichtlich veröffentlicht.)
Der Kaufmann Julius Post zu G. ist vom Landgericht wegen Betrugs verurtheilt und zwar in einem Falle, welcher leider im Verthe des öffentlichen Lebens noch oft genug zur Erscheinung kommt. Im Jahre 1879 ging der Angeklagte mit dem Rufe aus, eine Generalversammlung der Actionäre zu gründen, deren Director er werden wollte. Seine Beträge, nebst anderen Verträgen zur Befriedigung zu bewegen, misslungen. Eine befristete Commission der Gesellschaft auf den 27. März 1881 beriefene Versammlung führte zu keiner Reueinrichtung, und nicht zur Beibehaltung eines Termins für die vorbereitenden Schritte erhebliche Beträge veranlagte und freies Vertheilungsgeld legte ihm zugewiesene Sachen veräußern müßte.

Am 30. August 1879 erließ der Angeklagte ein Betrugsgeld. Infolge, Inhabits dessen Jemand bei einem gemeinbringenden Unstehenden mit 1500 bis 2000 A unter geheimer Eiderbetreibung für dieselben sich betheiligen und ein Engagement mit 2100 A Jahresgehalt erhalten konnte. Durch ein Stellen-Bermittlungsgeheimnis wurde dem Angeklagten der Unterschlagung freigegeben. Diefem erklärte der Angeklagte bei dem am 4. October 1879 stattgefundenen Verhandlungen mit Bezug auf die in Rede stehende Gesellschaft, daß dieselbe in wenigen Tagen, spätestens am 15. October 1879 ins Leben treten werde, daß ein Comite bereits bestände und daß das Geschäftsbüreau bereits gemietet seien. Hiergegen acceptierte die von dem Angeklagten angebotene Stellung als Rentner der Gesellschaft mit 2100 A jährlichem Gehalt und verpfändete sich zur Befriedigung einer Caution von 1500 A, worauf er 200 A sofort anzahlte. Der Rest der Caution stellte am 5. October 1879 gezahlt werden und zugleich der definitive Vertragsabschluss erfolgen. Hiergegen machte am genannten Tage dem Angeklagten weitere 1500 A und wurde nunmehr von ihm mittelst schriftlichen Geheimschreibens unter dem am 4. October 1879 datirten Verordnungs-Bestimmungen angehängt. Betreff der Caution wurde im §. 3 bestimmt, daß Angeklagter dieselbe mit 3 Proc. jährlich verpfaulen, dagegen berechtigt sein sollte, aber dieselbe im Interesse der Gesellschaft zu verpfänden. Als jedoch nach wiederholten berechtigten Besuchen schließlich einmal dem Angeklagten zu Hause getroffen hatte und sich zum Antritte seiner Stellung bereit erklärte, erfuhr er vom Angeklagten, daß ein Comite erst gebildet werden müßte. Durch diese Willkürliche Handlung wurde, daß er Schritte, um die Lösung des Betrugs und die Zurückzahlung der Caution herbeizuführen. Nur Erstes gelang ihm. Wegen der Caution mußte er klagen und erhielt im Circulationswege 577 50 A.; den Rest von 922 50 A hat er nicht zurückerhalten.

Die Verurtheilung aus §. 263 Str.-G.-B. hat das Landgericht damit begründet, daß die Willkürungen, welche der Angeklagte am 4. October 1879 dem Jübig über die zu gründende Gesellschaft gemacht hat, unklar waren und daß lediglich durch diese falschen Verpfändungen des Angeklagten der Jübig veranlaßt worden ist, eine Stellung als Rentner anzunehmen und die 1500 A hinzugeben, indem sich ihm die bestimmte Aussicht eröffnete, in wenigen Tagen die angebotene Stellung anzutreten, und mit Rücksicht auf das kalte Ansehen der Gesellschaft, welches er beibringen in Aussicht nahm, die Zurückzahlung des unter der Verordnungs als Caution erwiderten Darlehens ihm unbedenklich erscheinen mußte, der Zweck der Manipulation des Angeklagten aber auf die Erlangung der 1500 A abgesehen, auf welche ihm ein Rechtsmittel gegen Jübig weder nicht zuzufinden.

Die Revision des Angeklagten, welche die Befreiung der auf einen rechtskräftigen Verordnungsbescheid gerichteten Absicht, keine eine Verpfändung falscher Pfandbriefe verweigert, ist vom R.-O. am 27. Juni d. J. verworfen, da zunächst erwiesen ist, daß die Angaben, welche Angeklagter dargelegt hat, mit dem Bewußtsein ihrer Falschheit gemacht sind. Daß dem Angeklagten nach dem mit Jübig abgeschlossenen schriftlichen Vertrage vom 8. October 1879 ein Recht auf die 1500 A zugestanden habe, ist nicht geeignet, die Annahme, daß Angeklagter einen rechtskräftigen Verordnungsbescheid ertheilt habe, zu bestätigen, weil der Vertragsabschluss selbst erst durch die Zahlung der 1500 A als Cautionsbefreiung oder als ein unter der Befreiung als Cautions gebildetes Darlehen anzufassen ist, kann dahingestellt bleiben, denn für den Zahlbetrag des Betrugs ist es gleichgültig, welchen Rechtsakt auf Wiedererlangung der Befreiung zu erlangen glaubte. Liebrigens konnte in der Fingabe des Geldes mit Recht eine Cautionsbefreiung für die in Aussicht genommene Verbindlichkeiten eines Rentanten gefunden werden.

Aus Stadt und Land.

Leipzig, 29. October. Die in letzter Zeit wiederholt erwähnte Angelegenheit der Ueberlastung der Pferdebahnen hat bekanntlich den Rath zu politischen Beschlüssen veranlaßt. Der Verordnungs-Ausschuß der Stadtverordneten, welchen die Rathschreiber zur Zeit vorliegen, ist mit seinen Beratungen bereits fertig, um den Bericht darüber schon in der nächsten Plenarsitzung dem Stadtverordneten-Collegium vorzutragen zu können.

Leipzig, 29. October. In der am gestrigen Abend im Saale des „Glorias" abgehaltenen Versammlung der Leipziger Pferdebesitzer gelangte der Rath auf die Tagesordnung, welche vor einiger Zeit bezüglich der Ueberlastung und Unklarheit, die sich bei dem neuen Edictum der Pferdebesitzer bemerkt haben, an den Stadtrat gerichtet worden war, zum Herrn Stadtrat Dr. Tschirner zur Veröffentlichung. Von Inhalt dieses Beschlusses ist an die Directoren der Pferdebahnen von Seiten des Rathes die Verfügung ergangen, in den letzten Wintern zwischen den Schienen Sand und Kies schütten zu lassen, um hierdurch das Gleiten der Pferde mit den Füllhaken zu vermeiden. Gleichzeitig ist die Directoren der Pferdebahnen auf die in der Commission enthaltenen Bestimmungen, und welche sie für alle durch ihre Anlagen entstehenden Schäden auszusprechen hat, verwiesen worden. Die Pferdebesitzer haben sich bereit erklärt, der Verfügung nachzukommen, auch hat dieselbe die bisher vorgekommenen Unfälle vollständig vergütet, ebenso für in Zukunft vorkommende Fälle im Schaden zu tragen sich bereit erklärt. Herr Stadtrat Dr. Tschirner las die Beschlüsse vor, bei dem Beschlusse des Stadtraths Zustimmung zu geben, da derselbe sachlich und nicht geeignet sei, einen Schaden zu erheben. Die Beschlüsse genehmigte diesen Beschlüsse, die Beschlüsse oder gleichzeitig, ein Comite von vier Herren zu wählen, welches das Recht haben die beschriebenen Bestimmungen hinsichtlich der Pferdebahnen zu untersuchen, eventuell die nötigen Schritte der Rückzahlung der geschädigten Pferdebesitzer gegen die Gesellschaft unternehmen soll.

Leipzig, 29. October. Was der gestrige Versammlung des Bezirkslehrervereins Leipzig-Land ist nachgehend bekannt: Herr Schuldirector Kunze-Thomaschek ertheilte zunächst Bericht über die diesjährige Lehrer-Verammlung zu Decen und über den Stand der Bezirkslehrer-Casse. Darnach wählte gegenwärtig der gesammte hiesige Lehrerverein 4000 Mitglieder in 127 Schulen und über 1000 Doctoren, 46 Bezirksvereine gegen 21 im Jahre 1871. In den 106 Mitgliedern des Leipziger Lehrervereins am 30. September sind bis heute noch 36 neue getreten. Nach einem darauffolgenden eingehenden Bericht des Herrn Schuldirector Rath-Kunze, welche die Begründung einer Verordnungsstelle der Lehrer des Bezirks betrifft, erfasste die Versammlung einstimmig Beschlüsse und wählte dieselben an und wählte eine Commission zu weiterer Beratung dieser Angelegenheit.

Am 30. d. Mts. Abends 8 Uhr, wird im Saale der „Auchhäuser-Bier" (Mittelstraße) der erste Act der zwischen dramatischen Dichtung von Hans Krich, „Leipziger Rosenblätter" betitelt, vom Verfasser in Gemeinschaft mit dem Director Carl Bischoff und einer Dame vorgetragen werden, worauf die anwesenden in Hamburg concurrenz führend russische Solist-Virtuosin Parier Alexanderowa eine Leistung gewöhnlicher Weise zu Werke bringen wird; ferner werden auch zwei weitere aus Leipzig nicht bekannte gewordene Künstler an dem 30. Abend mitwirken.

Leipzig, 29. October. Obgleich der Schwimmanhalt am letzten Hochzeitsmehre wurde heute Vermählung der Handwerker und Zimmermeister Leonhardt aus Klein-Ischdorf todt im Alter von 81 Jahren. Nach einer hundertjährigen Zeit schied der langjährige in plötzliche Hinscheiden verfallen zu sein und in dessen Zustand freiwillig den Tod im Wasser gesucht zu haben.

Zeit gehen haben im „Großen Saalgarten" (in der unmittelbaren Nähe des Marienplatzes) die Concerte und Vorstellungen der Concert- und Gesellschaft des Herrn Kommandeur begonnen. Die Gesellschaft, aus acht Personen bestehend, hat sich durch ihre tonische Vorträge, welche eine angeordnete Unterhaltung darbieten, einen guten Ruf erworben, so daß das Concerten stets ein jährliches Publikum bekommt.

XX Volkmarstori, 28. October. Seit einigen Tagen wird der im Gemeindegarten zu Reudnitz angelegte alte Register angelegt, 25 Jahre alte Getreide 3. vernicht. Man bringt das Verordnungs mit der Unterschlagung von über 100 A in Zusammenhang.

Vindenz, 29. October. Das hiesige „Wochenblatt" meldet: Die Beschlüsse des neuen Pferdebahndirektors in der Ueberlastung hat nunmehr beendigt, und ein Kundgebung durch die unangenehmen Umständen dieses ist nicht ohne Interesse. Durch die Hauptstelle, die Stelle, die zwei langjährige Gebude einnehmen, von denen das eine die Zuhörer, das andere die Besitzer des ganzen Establishments bildet. Im Ganzen sind jetzt 112 Pferde hier eingestellt, die ebenfalls nicht mehr den Umständen der Pferdebahnen gemacht werden und das Paar Pferde immer nur zwei